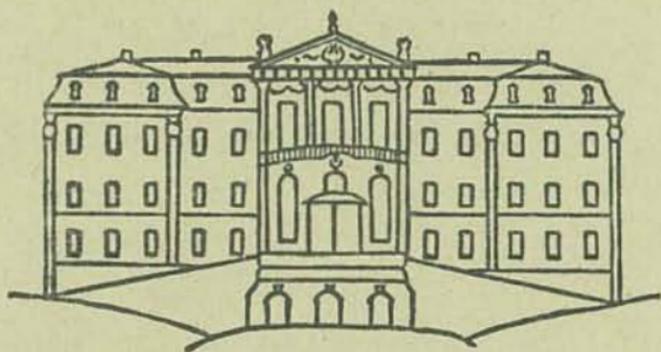


Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte



174

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der
Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospišil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 52 Vom Glauben zum Bekenntnis (Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR)
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. Die Kirche und das Nationale Dokument
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt

Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte

1970

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der
Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Diese Studie ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser auf dem Lenin-Seminar des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz am 3. März 1970 in Berlin gehalten hat.

In seinem großangelegten Referat vor der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED hat Walter Ulbricht in dem Abschnitt, der sich mit der Haltung der SED zu den von der SPD/FDP-Koalition angekündigten inneren Reformen in der westdeutschen Bundesrepublik befaßt, folgendes festgestellt:

„Wie weit sich die demokratische Bewegung gegen Monopolkerrschaft und imperialistische Aggression entfaltet hat, zeigt sich daran, daß auch von bürgerlich-demokratischen Kräften in wachsendem Maße Kritik nicht allein an einzelnen Auswüchsen des imperialistischen Systems geübt wird, sondern an seiner Grundstruktur. Aus all dem kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß der Gegensatz zwischen Monopolmacht und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der imperialistischen Länder – einschließlich Westdeutschlands – in den siebziger Jahren zu einer neuen Qualität heranreift. Fassen wir diese neuen Erscheinungen zusammen, so ist die volle Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner Widersprüche auch in Westdeutschland eine Bestätigung für die Erkenntnis Lenins, ‚daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus‘, seine unmittelbare Vorstufe auf der historischen Stufenleiter ist. Diese Erkenntnis ist gerade heute von größter Bedeutung. Denn sie zeigt den historischen Charakter, die historische Größe des Kampfes gegen den Imperialismus von heute. Natürlich setzen wir diese materiellen Vorbedingungen des Sozialismus nicht mit dem Sozialismus gleich. Dahin werden auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten nur auf einem langen und schweren Weg gelangen. Der Kampf um eine echte, tiefgreifende demokratische Umgestaltung der westdeutschen Gesellschaft ist deshalb in jeder Hinsicht um so bedeutungsvoller.“¹

Hier werden also am Rande der prinzipiell wichtigen Charakterisierung der gegenwärtigen Entwicklungsetappe Westdeutschlands einige andere Fragen aufgeworfen, die für die Einordnung dieser Entwicklungsetappe in den Gesamtverlauf der geschichtlichen Prozesse von außerordentlicher Bedeutung sind, etwa die Frage nach den Positionen von bürgerlich-demokratischen Kräften und die nach einer „echten, tiefgreifenden demokratischen Umgestaltung der westdeutschen Gesellschaft“.

Natürlich ist diese Fragestellung für die marxistisch-leninistische Analyse nicht neu. Gerade Walter Ulbricht hat ihr immer wieder große Aufmerksamkeit geschenkt. Es soll hier nur an das erinnert werden, was er in der Realisierung der anti-

¹ Neues Deutschland vom 14. Dezember 1969. Das Lenin-Zitat: W. I. Lenin, Werke, Band 25, S. 369

faschistisch-demokratischen Revolution in der damaligen sowjetischen Besatzungszone für die politischen und geistigen Kämpfe bei uns und in den Westzonen formuliert hat, und es sei insbesondere die Rede zum 20. Jahrestag der Gründung der SED erwähnt, in der er wissenschaftlich begründete Vorstellungen zu dieser Thematik programmatisch entfaltet hat.

Bürgerlich-demokratische Kräfte, Programm der demokratischen Umgestaltung, kämpferische Demokratie, Demokratismus, bürgerlich-demokratische Revolution, antifaschistisch-demokratische Revolution, fortschrittliche demokratische Kräfte, Republikanismus – der Vokabeln und Parolen, die den Prozeß der Loslösung, der Sezession einzelner oder von Gruppen aus der Front der konterrevolutionären Kräfte der Großbourgeoisie und des Feudalismus bestimmen oder charakterisieren sollen, gibt es viele, und leider hat es sich ergeben, daß sie nicht nur in der tagespolitischen Agitation, sondern auch in der Geschichtswissenschaft mit einer bemerkenswerten Unschärfe verwendet werden.

Im folgenden soll daher zunächst der Versuch gemacht werden, Schriften Lenins zur Behandlung dieses Problemkreises zu befragen, um von den daraus gewonnenen Lehren einige Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Befragung des Leninschen Werkes erfolgt in einem Zusammenhang geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten, den Friedrich Engels in der Einleitung zur englischen Ausgabe seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ so herausgearbeitet hat:

„Es scheint ein Gesetz der historischen Entwicklung, daß die Bourgeoisie in keinem europäischen Land die politische Macht – wenigstens nicht für längere Zeit – in derselben ausschließlichen Weise erobern kann, wie die Feudalariokratie sie während des Mittelalters sich bewahrte. Selbst in Frankreich, wo der Feudalismus so vollständig ausgerottet wurde, hat die Bourgeoisie, als Gesamtklasse, die Herrschaft nur während kurzer Zeiträume besessen. Unter Louis-Philippe, 1830–1848, herrschte nur ein kleiner Teil der Bourgeoisie, der bei weitem größere war durch den hohen Zensus vom Wahlrecht ausgeschlossen. Unter der zweiten Republik herrschte die ganze Bourgeoisie, aber nur drei Jahre; ihre Unfähigkeit bahnte den Weg für das zweite Kaisertum. Erst jetzt, unter der dritten Republik, hat die Bourgeoisie als Gesamtheit zwanzig Jahre hindurch das Steuer geführt, und dabei entwickelt sie schon jetzt erfreuliche Zeichen des Verfalls. Eine langjährige Herrschaft der Bourgeoisie war bis jetzt nur möglich in Ländern wie Amerika, wo der Feudalismus nie bestand

und die Gesellschaft von vornherein von bürgerlicher Grundlage ausging. Und selbst in Frankreich und Amerika klopfen die Nachfolger der Bourgeoisie, die Arbeiter, schon laut an die Tür.“²

Diese Instabilität bourgeoiser Macht (unwillkürlich zieht man von ihrer Beschreibung durch Friedrich Engels eine Linie zur Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Imperialismus, wie sie Lenin aufgedeckt hat) und die mit ihr verbundene Überlagerung durch Restbestände des Feudalismus müssen bei der konkreten Analyse der von uns aufgeworfenen Fragestellungen von vornherein berücksichtigt werden, und es besteht offensichtlich kein Zweifel darüber, daß „links“ (ebenfalls ein schillernder Begriff) manches deshalb so unklar und spröde ist, weil „rechts“ keine stabile und langjährige Herrschaft der Bourgeoisie in der Lage war, klare Verhältnisse zu schaffen. Lenin hat nicht umsonst in seiner Schrift „Zwei Taktiken...“ festgehalten:

„Ein Gesetz der Mechanik lautet: Die Wirkung ist gleich der Gegenwirkung. In der Geschichte hängt die zerstörende Kraft der Revolution in nicht geringem Maße auch davon ab, wie stark und andauernd die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen war und wie tief der Widerspruch zwischen dem vorsintflutlichen ‚Überbau‘ und den lebendigen Kräften der gegenwärtigen Epoche ist.“³

Es ist Lenins 1905 geschriebene Schrift über die „Zwei Taktiken...“, die in besonderer Weise geeignet ist, uns heute bei der Beantwortung unserer Fragen zu helfen. Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1905 haben für die internationale und für die russische Arbeiterbewegung eine außerordentliche Bedeutung, und es ist ja kein Zufall, daß Lenin ihnen im Januar 1917 im Zürcher Volkshaus (in einer Versammlung der schweizerischen Arbeiterjugend) eine eingehende Analyse widmete, in der er an die in den „Zwei Taktiken...“ formulierte anknüpfte. In dem Zürcher Vortrag stellte Lenin zunächst fest:

„Der proletarische Kampf erzeugte eine große Gärung, teilweise eine revolutionäre Bewegung, innerhalb der Masse von 50 bis 100 Millionen Bauern, die Bauernbewegung erzeugte Sympathie im Heere und führte zu Militäraufständen, zu bewaffneten Kämpfen eines Teiles des Heeres gegen einen anderen Teil. So geriet das ungeheure Land mit 130 Millionen Einwohnern in die Revolution, so ist aus dem schlafenden Rußland das Rußland des revolutionären Proletariats und des revolutionären Volkes entstanden.“⁴

2 Karl Marx/Friedrich Engels, Über Religion, Berlin 1958, S. 369

3 W. I. Lenin, Werke, Band 9, S. 45

4 W. I. Lenin, Werke, Band 23, S. 246

Hieran knüpfte er die bezeichnende Forderung:

„Diesen Übergang gilt es zu studieren, seine Möglichkeit, seine sozusagen Methoden oder Wege gilt es zu begreifen.“⁵

Und was stellt Lenin bei diesem Studium fest?

„Das wichtigste Mittel dieses Übergangs war der M a s s e n s t r e i k . Die Eigentümlichkeit der russischen Revolution besteht eben darin, daß sie nach ihrem sozialen Inhalte eine bürgerlich-demokratische, nach ihren Kampfsmitteln aber eine proletarische war. Sie war bürgerlich-demokratisch, weil das, was sie unmittelbar erstrebte und unmittelbar, mit ihren eigenen Kräften, erreichen konnte, die demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des enormen Großgrundbesitzes der Adligen war – alles Maßnahmen, die die bürgerliche Revolution in Frankreich in den Jahren 1792 und 1793 zum großen Teil verwirklicht hat. Die russische Revolution war gleichzeitig eine proletarische nicht nur in dem Sinne, daß das Proletariat die führende Kraft, die Avantgarde der Bewegung darstellte, sondern auch in dem Sinne, daß das spezifisch proletarische Kampfsmittel, nämlich der Streik, das Hauptmittel der Aufrüttelung der Massen und das am meisten Charakteristische im wellenmäßigen Gang der entscheidenden Ereignisse bildete.“⁶

Mit anderen Worten heißt das – und dies ist als erstes Ergebnis der Befragung der Erfahrungen, Lehren und theoretischen Überlegungen Lenins festzuhalten –: Die gesetzmäßigen geschichtlichen Fortschritte werden in ihrer Hauptlinie auch im Ringen um den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Proletariat bestimmt, und die bürgerlich-demokratische Revolution kann nur siegreich sein in dem Maße, in dem es den bürgerlich-demokratischen Kräften gelingt, den „Übergang“ zur Erkenntnis der Bedeutung des Proletariats, noch präziser: den Übergang auf dessen Kampfpositionen zu finden.

Dies aber bedeutet (und es ist klar, daß Lenin sich für die subjektive Seite dieses objektiven Prozesses von der Stoßrichtung seines Kampfes her nur wenig interessiert bzw. nur wenig zu interessieren braucht), daß die besten bürgerlich-demokratischen Kräfte von ihren jeweiligen fortschrittlich-humanistischen Positionen her in ihrem eigenen Bewußtseinsprozeß den „Übergang“ finden, also neue Positionen der Erkenntnis über die Geschichte, die politischen, sozialen und geistigen Kämpfe, einen neuen Inhalt dieses gesellschaftlichen Bewußtseins und ein neues Verhältnis zum praktischen politischen Einsatz.

5 Ebenda

6 Ebenda, S. 246 f.

Für uns christliche Demokraten zum Beispiel waren es weltanschauliche und politisch-moralische Motive, die uns den „Übergang“ an die Seite der Partei der Arbeiterklasse finden ließen. Politisch-moralische Konsequenzen aus der Politik des deutschen Imperialismus und Faschismus verbanden sich mit dem Streben nach der geistigen und gesellschaftlichen Neuorientierung, nach der klaren Herausarbeitung und der Verwirklichung der christlichen Grundforderungen für die Gesellschaft: Nächstenliebe und Friedensliebe. Gleichzeitig mit diesen Motiven kamen für uns solche zur Geltung, die den Anschluß an die kämpferischen humanistischen Traditionen der Menschheit und unseres Volkes erbrachten. Wenn man die „Thesen zur Geschichte der CDU“ studiert, dann wird man finden, daß in ihnen die für uns gültigen Prozesse des „Übergangs“ beschrieben und analysiert sind, und vor allem wird man die Schlußfolgerung ziehen können, daß wir diese Motive in der Aktion realisiert haben, nämlich in der Aktion zugunsten der siegreichen Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Revolution.

Lenin analysiert zwar (wie gesagt) kaum die Motive für solchen Übergang, aber schon in seiner Schrift über die „Zwei Taktiken . . .“ hat er dessen Ergebnisse festgehalten:

„Es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie. Auch der monarchistische Semstwomann, der Anhänger eines Oberhauses, der das allgemeine Wahlrecht ‚fordert‘, aber insgeheim . . . mit dem Zarismus über eine gestutzte Verfassung handelseins wird, ist ein bürgerlicher Demokrat. Und der Bauer, der mit der Waffe in der Hand gegen die Gutsbesitzer und Beamten zieht und ‚naiv-republikanisch‘ vorschlägt, ‚den Zaren davonzujagen‘, ist ebenfalls ein bürgerlicher Demokrat.“⁷

Und indem Lenin Unterschiede zwischen bürgerlich-demokratischen Verhältnissen in Deutschland, England, Österreich, Amerika und in der Schweiz feststellt, hebt er verallgemeinernd hervor:

„Der wäre ein schöner Marxist, der in der Epoche der demokratischen Umwälzung diesen Unterschied zwischen den Abstufungen des Demokratismus und zwischen dem verschiedenartigen Charakter der einen oder anderen seiner Formen übersähe . . .“⁸

„Es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie.“ Dieser Satz gilt buchstäblich für die Entwicklung der CDU im Zeitraum 1945 bis 1949/50. Es gab jene bürgerliche Demo-

7 W. I. Lenin, Werke, Band 9, S. 39

8 Ebenda, S. 39 f.

kraten wie Hermes und Kaiser, die auf dem Boden nicht nur parlamentarischer Illusionen, sondern imperialistischer Politik verblieben, indem sie etwa die imperialistische Variante der Verschwörung des 20. Juli in ihren Aktionen nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus zur Geltung zu bringen suchten. Und es gab bürgerliche Demokraten wie Otto Nuschke, die klar die Konsequenzen aus der barbarischen Politik des Imperialismus zogen und sich in der antifaschistisch-demokratischen Revolution an die Seite der Arbeiterbewegung stellten.

Daß jener Satz Lenins für die Entwicklung auch eines einzelnen in verschiedenen Phasen seines Lebens in Ansatz zu bringen ist, mag das Beispiel Dr. Theodor Steltzers belegen: 1945 war er Mitbegründer der CDU in Berlin, ging dann aber nach Schleswig-Holstein und war dort Vertreter der restaurativen bürgerlichen Demokratie. 1967, kurz vor seinem Tode, wandte er sich von diesen Positionen ab und vernünftiger-realistischen Auffassungen zu – den Wandlungsprozeß von der einen zur anderen „bürgerlichen Demokratie“ andeutend.

In der Analyse revolutionärer Situationen und Möglichkeiten hat Lenin immer sehr genau auf solche Unterscheidung geachtet. So hat er etwa in der Schrift „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra‘“ (im November 1904, also nur wenige Wochen vor den revolutionären Ereignissen des Januar 1905) festgehalten:

„Wie können wir denn der liberalen Demokratie anders Mut machen als durch die schonungslose Analyse und die vernichtende Kritik ihrer Halbschlächtigkeit in Fragen der Demokratie? Insofern die bürgerliche (liberale) Demokratie die Absicht hat, als Demokratie aufzutreten, und gezwungen ist, als Demokratie aufzutreten, wird sie unweigerlich danach streben, sich auf möglichst breite Volkskreise zu stützen. Dieses Bestreben erzeugt zwangsläufig folgenden Widerspruch: Je breiter diese Volkskreise sind, um so zahlreicher sind unter ihnen die Vertreter proletarischer und halbproletarischer Schichten, die eine völlige Demokratisierung der politischen und sozialen Ordnung fordern, eine so völlige Demokratisierung, daß sie überaus wichtige Stützen jeder bürgerlichen Herrschaft schlechthin (Monarchie, stehendes Heer, Bürokratie) zu untergraben droht. Die bürgerliche Demokratie ist ihrer Natur nach nicht imstande, diesen Forderungen nachzukommen, sie ist daher ihrer Natur nach zu Unentschlossenheit und Halbschlächtigkeit verurteilt. Die Sozialdemokraten stoßen durch ihre Kritik dieser Halbschlächtigkeit die Liberalen ständig vorwärts, ziehen immer mehr Proletarier und Halb-

proletarier, zum Teil auch Kleinbürger, von der liberalen Demokratie auf die Seite der proletarischen Demokratie herüber.“⁹

Also auch hier schon die Aufdeckung des Doppelcharakters der bürgerlichen Demokratie und die Postulierung des notwendigen Übergangs der Kleinbürger auf neue Positionen des revolutionären Kampfes. Für die Arbeiterbewegung zog Lenin aus solcher Sicht die Schlußfolgerung:

„Der Arbeiterpartei die Aufgabe stellen, den Herren liberalen Bourgeois solche Forderungen vorzulegen, bei deren Unterstützung sie wenigstens ein gewisses Recht haben würden, im Namen des Volkes aufzutreten, heißt somit eine ungereimte und unsinnige Aufgabe aushecken. Wir haben es nicht nötig, irgendwelche besonderen demokratischen Forderungen neben den in unserem Programm niedergelegten auszuhecken. Auf Grund dieses Programms sind wir verpflichtet, jeden (darunter auch den bürgerlichen) Demokraten zu unterstützen, insofern er den Demokratismus durchführt; wir sind verpflichtet, jeden Demokraten (darunter auch den Sozialrevolutionär) schonungslos zu entlarven, insofern er vom Demokratismus abweicht (wie etwa z. B. in den Fragen des freien Austritts aus der Dorfgemeinde und des freien Bodenverkaufs durch den Bauern).“¹⁰

Besonders eindringlich und detailliert hat sich Lenin zwischen Dezember 1910 und April 1912 mit solchen Fragen befaßt, also in einer Zeit, in der sich Lenins „Kampf um die Partei gegen die Renegaten der Revolution, die Liquidatoren und ihre Helfershelfer“ konzentrierte. In „Notizen“, die Lenin im Februar 1911 in der „Swesda“ veröffentlichte, gibt es eine für unser Thema bemerkenswerte Einsicht:

„Es gibt eine solche liberale Bourgeoisie (so war es z. B. in Deutschland und ganz besonders in Preußen), die sich fürchtet, ‚den Platz‘ der stürzenden Klasse ‚einzunehmen‘, und die alle ihre Anstrengungen darauf richtet, den ‚Platz zu teilen‘ oder, richtiger gesagt, ein Plätzchen zu erwischen, sei es auch in der Gesindestube – aber nur nicht den Platz des ‚Stürzenden‘ einzunehmen, nur nicht das Stürzende wirklich zum ‚Sturz‘ zu bringen... In solchen historischen Epochen, wo das passiert, können die Liberalen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung den größten Schaden zufügen (und tun es auch), wenn es ihnen gelingt, sich für Demokraten auszugeben, denn der Unterschied zwischen diesen und jenen, zwischen den Liberalen und den Demokraten, besteht gerade darin, daß die erst-

⁹ W. I. Lenin, Werke, Band 7, S. 507 f.
¹⁰ Ebenda, S. 515 f.

genannten sich fürchten, ‚den Platz einzunehmen‘, und die anderen nicht. Die einen wie die anderen verwirklichen die geschichtlich herangereifte bürgerliche Umgestaltung, aber die einen fürchten sich, sie zu verwirklichen, hemmen sie durch ihre Furcht, während die anderen – wenn sie auch nicht selten eine Unmenge von Illusionen über die Folgen der bürgerlichen Umgestaltung hegen – sich mit all ihren Kräften, mit Leib und Seele auf diese Verwirklichung konzentrieren.“¹¹

„Den Platz einnehmen“ – das ist eine metaphorische Umschreibung für „Übergang“, für Sezession aus der Klassenfront der Reaktion, für den Anschluß an den Kampf der Arbeiterbewegung. Diese Einsicht wird in Lenins Aufsatz „Über alte, doch ewig neue Wahrheiten“ in außerordentlicher Weise vertieft. Dort heißt es:

„Eben diese, durch die historische Erfahrung aller europäischen Länder bestätigte Idee, daß die bürgerliche Demokratie eines jeden Landes in den Epochen der bürgerlichen Umgestaltung (oder richtiger: der bürgerlichen Revolutionen) diese oder jene Form annimmt, diese oder jene Gestalt gewinnt, in dieser oder jener Tradition erzogen wird, dieses oder jenes Minimum an Demokratismus anerkennt, je nachdem inwieweit die Hegemonie in den entscheidenden Momenten der nationalen Geschichte nicht auf die Bourgeoisie, sondern auf die ‚unteren Schichten‘, auf das ‚Plebejertum‘ des 18. Jahrhunderts, auf das Proletariat des 19. und des 20. Jahrhunderts übergeht – diese... Idee der Hegemonie bildet gerade eines der Grundprinzipien des Marxismus. Der Bruch der Liquidatoren mit diesen Grundsätzen (ja schon die Gleichgültigkeit ihnen gegenüber) ist die tiefste Quelle für eine ganze Reihe von unversöhnlichen prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit den Gegnern des Liquidatorentums.“¹²

Und Lenin verallgemeinert für die „Epoche der demokratischen Revolution“ in allen kapitalistischen Ländern:

„Jedes kapitalistische Land macht eine Epoche bürgerlicher Revolutionen durch, in der sich diese oder jene Stufe des Demokratismus herausbildet, diese oder jene Struktur des Konstitutionalismus oder Parlamentarismus, dieser oder jener Grad von Selbständigkeit, Unabhängigkeit, Freiheitsliebe und Initiative der ‚unteren Schichten‘ im allgemeinen und des Proletariats im besonderen, diese oder jene Tradition im gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Leben. Welches diese Stufe des Demokratismus sein wird und wie diese Tradition aussehen wird – das hängt namentlich davon ab, ob die Hegemonie in den ent-

scheidenden Augenblicken der Bourgeoisie oder ihrem Antipoden gehören wird, ob die erstere oder der letztere (wiederum in diesen entscheidenden Augenblicken) den ‚Anziehungspol für die demokratische Bauernschaft‘ und überhaupt für alle demokratischen Zwischengruppen und -schichten bilden wird.“¹³

Hieraus geht schlüssig hervor, daß für Lenin der Grad des „Demokratismus“ der bürgerlich-demokratischen Kräfte einerseits von diesen selbst abhängt. Hierbei übersieht er freilich nicht, was er bei den verschiedensten Gelegenheiten hervorgehoben hat, nämlich das klassenbedingte Schwanken dieser Kräfte. So betont Lenin in einer im Frühjahr 1906 geschriebenen Arbeit:

„Was treibt überhaupt den Kleinproduzenten in der Warenwirtschaft auf die Seite der Reaktion und der Konterrevolution? Seine Lage zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft. In allen Ländern und bei allen politischen Konstellationen schwankt der Kleinbürger unvermeidlich und unweigerlich zwischen Revolution und Konterrevolution. Er will sich vom Joch des Kapitals befreien und seine Lage als Kleineigentümer festigen. Eine solche Aufgabe ist dem Wesen der Sache nach unlösbar, und die Schwankungen des Kleinbürgers sind, weil sie sich aus der ganzen Struktur der modernen Gesellschaft ergeben, unvermeidlich und unabwendbar. Deshalb können sich auch nur Ideologen des Kleinbürgertums einbilden, daß solche Äußerungen der revolutionären Aktivität der Arbeiter oder der sich gegen den gutsherrlichen Grundbesitz erhebenden Bauern denkbar wären, die einen bestimmten Teil der bürgerlichen Demokratie nicht ins Lager der Reaktion treiben würden. Nur Ritter des Spießertums können das bedauern.“¹⁴

Dieses „Schwanken“ kennen wir aus der Frühgeschichte unserer Partei in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre. Es war das Schwanken derjenigen, die begonnen hatten, zu fortschrittlichen bürgerlich-demokratischen Auffassungen vorzustoßen, dann aber, unter dem Eindruck der antifaschistisch-demokratischen Revolution in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und der Restauration der alten Gesellschaft in Westdeutschland, wieder zu der anderen „bürgerlichen Demokratie“ zurückgingen oder zurückzugehen drohten – und zwar immer in „entscheidenden Augenblicken“ (nennen wir nur die der Ingangsetzung des Marshall-Planes und der Separierung des Westzonenstaates). In diesen Augenblicken schwankten frei-

11 W. I. Lenin, Werke, Band 17, S. 87 f.

12 Ebenda, S. 200

13 Ebenda

14 W. I. Lenin, Werke, Band 10, S. 264

lich diejenigen nicht, die sich in der Aktion für die antifaschistisch-demokratische Revolution bereits einen höheren Grad an Demokratismus erworben hatten.

Gehen wir in unseren weiteren Untersuchungen von den Überlegungen Lenins aus, dann werden wir die „alte, doch ewig neue Wahrheit“ hervorheben müssen, daß noch andere Momente in unserer Analyse berücksichtigt werden müssen. Es kommt vor allem die Konstellation der Klassenkampfsituation hinzu: Wer ist in Zäsuren der geschichtlichen Entwicklung stärker, weil konsequenter? Und damit ist schließlich der letztlich entscheidende Gesichtspunkt anvisiert, der nämlich, ob der „Anziehungspol“ der Arbeiterbewegung, also ihre revolutionäre Strategie und Taktik, nicht zuletzt ihre Bündnispolitik, so stark ist, daß dieser auch ausreichend auf die bürgerlich-demokratischen Kräfte wirkt. Dabei ist klar, daß weder Liquidatoren noch Revisionisten einen solchen Anziehungspol bilden können.

Wenn wir im Blick auf diesen Sachverhalt die Geschichte unserer Partei in den letzten 25 Jahren überblicken, werden wir feststellen können, daß in jeder Phase der Entwicklung der „Anziehungspol“ der Partei der Arbeiterklasse so stark und so echt war, daß wir, den Kompaß auf ihn orientierend, in unseren Entscheidungen nie fehlgehen konnten. Dieser „Anziehungspol“ war die konsequente Bündnispolitik der SED, die – aufbauend auf den von der KPD im antifaschistischen Volkskampf entwickelten Linien – die schöpferische Mitarbeit aller demokratischen und humanistischen Kräfte förderte. Volksfront, Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Blockpolitik, Nationale Front des demokratischen Deutschland – in der Orientierung dieser Volksbewegungen durch die Partei der Arbeiterklasse und in unserer Orientierung auf sie drückte sich die schöpferische Gemeinsamkeit aller fortschrittlichen Kräfte im Kampf um ein neues Deutschland aus.¹⁵

In der Verwirklichung der Bündnispolitik konnten wir in der DDR die antifaschistisch-demokratische Revolution siegreich gestalten, und aufbauend auf diesen grundlegenden Errungenschaften konnten etwa wir christlichen Demokraten den Prozeß des „Übergangs“ fortsetzen, und zwar durch die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse

15 Vgl. hierzu u. a.: Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, Berlin 1969; Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung. Eine Sammlung kirchenpolitischer Dokumente 1945 bis 1966 unter Berücksichtigung von Dokumenten aus dem Zeitraum 1933 bis 1945, Berlin 1967

in der sozialistischen Revolution, beim Aufbau des Sozialismus und in der Ausgestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.

Um hier – gleichsam in Klammern – ein aktuelles Beispiel zu behandeln, so ist offensichtlich, daß das Liquidatorentum von Dubček und seinen Freunden für die protestantischen Verbündeten der KPC, etwa in der Christlichen Friedenskonferenz, sich verheerend ausgewirkt hat – in einer noch heute andauernden Desorientierung, wenn nicht in der Rückkehr mancher in die Klassenkampffront der Bourgeoisie. Diese Konstellation innerhalb der CFK wurde noch dadurch kompliziert, daß etwa der französische Regionalausschuß dieser Friedensbewegung, inspiriert von Prof. Casalis, seinerseits die revisionistischen Taktiken von Roger Caraudy in dessen „Dialog“ mit Christen in Frankreich aufnahm und auf eine schädliche Linie geriet.¹⁶

In seinem Aufsatz „Ein Fazit“ (Oktober 1911) und in der Arbeit „Liberalismus und Demokratie“ (April 1912) hat Lenin über die „Illusionen“ der bürgerlich-demokratischen Kräfte geschrieben, und er hat demgegenüber die Notwendigkeit betont: „... Welche Illusionen er (der Demokrat. G. W.) auch mitunter bezüglich der Interessen und der Bestrebungen der Masse hegen mag, der Demokrat“ – und damit formuliert Lenin das positive Leitbild! – „glaubt an die Masse, an die Aktion der Massen, an die Berechtigung der Stimmungen und die Zweckmäßigkeit der Kampfmethoden der Masse.“ Daher sei „der Liberalismus eine Sache, die Demokratie aber eine andere“, und dieser Unterschied müsse „um so nachdrücklicher in Erinnerung gebracht werden, je mehr mit dem Namen Demokrat Mißbrauch getrieben wird.“¹⁷ Diese Feststellung dehnt Lenin in „Liberalismus und Demokratie“ auf die bürgerlich-demokratischen Parteien in Europa aus.¹⁸

Der Hinweis auf die Polarisierungsprozesse in der bürgerlichen Demokratie ist, gerade auch für den Fortgang unserer Analysen, von außerordentlicher Bedeutung. Man wird daher einigen diesbezüglichen Anmerkungen Lenins größte Aufmerksamkeit schenken müssen. In „Zwei Taktiken...“ entwickelte er die Gesamtstrategie des Proletariats, wenn er mit Nachdruck hervorhob:

16 Der Verfasser hat im April 1967 an der Tagung der „Paulus-Gesellschaft“ in Mariánské Lázně teilgenommen und diese Erscheinungen schon damals feststellen können.

17 Vgl. W. I. Lenin, Werke, Band 17, S. 282 f.

18 Vgl. ebenda, S. 561 ff.

„Deshalb ist die bürgerliche Revolution für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft. Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats unbedingt notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein. Nur Leuten, die das A b c des wissenschaftlichen Sozialismus nicht kennen, kann diese Schlußfolgerung neu oder seltsam, ja paradox erscheinen. Aus dieser Schlußfolgerung ergibt sich übrigens auch die These, daß in einem gewissen Sinne die bürgerliche Revolution für das Proletariat vorteilhafter ist als für die Bourgeoisie. Und zwar unterliegt diese These gerade in folgendem Sinne keinem Zweifel: Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, sich gegen das Proletariat auf einige Überreste der alten Zeit zu stützen, zum Beispiel auf die Monarchie, auf das stehende Heer u. dgl. m. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, daß die bürgerliche Revolution nicht gar zu entschieden alle Überreste der alten Zeit hinwegfegt, sondern einige von ihnen bestehen läßt, daß also diese Revolution nicht völlig konsequent ist, nicht bis zu Ende geht, nicht entschieden und schonungslos ist.“¹⁹

Wenn Lenin hinzufügte, die Bourgeoisie sei „unfähig zu einem konsequenten Demokratismus“, für sie sei „es vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung langsamer, allmählicher, vorsichtiger, unentschiedener, auf dem Wege von Reformen und nicht auf dem Wege der Revolution vollziehen“, dann war damit der eine Pol beschrieben: der Pol der bürgerlichen Demokraten, der praktisch, „in der Aktion“, zu dem hinneigt, was Lenin als „Liberalismus“ charakterisiert und gegeißelt hatte.²⁰ Wenn der große Führer des russischen und des Weltproletariats gerade in diesem Zusammenhang das schon zitierte Urteil fällte: „Es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie“, dann war indes in dieses Urteil impliziert, daß es eben bürgerlich-demokratische Kräfte geben könnte und tatsächlich gibt, die „in der Aktion“ auf die Seite der Arbeiterklasse finden und letztlich zu akzeptieren lernen, was Lenin in „Zwei Taktiken . . .“ so formuliert hatte:

„Umgekehrt ist es für die Arbeiterklasse vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung gerade nicht auf dem Wege von Reformen, sondern auf revolutionärem Wege vollziehen, denn der Weg der Reformen ist ein Weg der Verschlep-

pung, der Amtsschimmelei, des qualvoll langsamen Absterbens der faulenden Teile des Volksorganismus. Unter dieser Fäulnis leiden zuerst und zumeist das Proletariat und die Bauernschaft. Der revolutionäre Weg ist der Weg der raschen, für das Proletariat am wenigsten schmerzhaften Operation; er ist der Weg der direkten Entfernung der faulenden Teile, der Weg der geringsten Nachgiebigkeit und Nachsicht gegenüber der Monarchie und den ihr entsprechenden abscheulichen und widerlichen, verfaulten und mit ihrer Fäulnis die Luft verpestenden Einrichtungen.“²¹

Aus der Geschichte der bürgerlich-humanistischen Bewegungen wissen wir, wie deren politische Aktionen oft genug tragisch verliefen, weil ihnen die Klarheit und Konsequenz einer revolutionären Theorie und Praxis, Strategie und Taktik fehlten. Was mit revolutionärem Elan begann, endete zumeist im Sozialreformerischen, wenn nicht – über „dritte Wege“ – im Lager der Konterrevolution. Die Besten aus diesen humanistischen Bewegungen konnten dann nur als einzelne neue Wege erkennen und vielleicht auch beschreiten. In den „Thesen zur Geschichte der CDU“ heißt es hierzu (I. 1.):

„Zu allen Zeiten hatten Christen sich darum bemüht, die gesellschaftlichen Konsequenzen aus der christlichen Ethik in die Tat umzusetzen. Ihr Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit, nach brüderlichen Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen den Völkern blieb jedoch auf den individuellen Raum begrenzt oder zeitigte nur vorübergehende Einzelerfolge, weil die Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft ihnen unbekannt waren, sie im allgemeinen isoliert von den zur Veränderung der Gesellschaft berufenen und befähigten Klassenkräften kämpften, sie ihre Ziele häufig durch bloße Reformen der bestehenden sozialen Zustände zu erreichen suchten, die Ausbeutergesellschaft aber eine durchgreifende Neugestaltung der sozialökonomischen und politischen Verhältnisse, die den sittlichen Geboten des Christentums entsprochen hätte, objektiv nicht zuließ.“²²

Indem wir zwischen 1945 und 1949/50 auf den „Anziehungspol“ der Partei der Arbeiterklasse orientiert waren und uns immer klarer auf ihn orientierten, gelang es uns, die reformistische Fäulnis zu überwinden und auf den revolutionären Weg zu finden. Das gilt – subjektiv – für den einzelnen, und dies gilt – objektiv – für unsere Partei insgesamt. Voraussetzung hierfür war die Anerkennung der führenden Rolle der Partei

19 W. I. Lenin, Werke, Band 9, S. 37

20 Vgl. ebenda, S. 37 f.

21 Ebenda, S. 38

22 Dokumente der CDU, Band VI, Berlin 1966, S. 59

der Arbeiterklasse; von dieser Plattform aus konnte die Gemeinsamkeit mit der Arbeiterbewegung in echter und schöpferischer Weise entwickelt werden.

Unter den im ganzen zunächst als positiv zu bewertenden bürgerlich-demokratischen Kräften sah Lenin allerdings mit Recht auch die unterschiedlichsten Unsicherheitsfaktoren, die immer von neuem die Gefahr bewirkten, daß die Kräfte der bürgerlichen Demokratie in die Front der Großbourgeoisie und der anderen reaktionären Kräfte abwandern. Die klassenmäßigen Faktoren hatten wir schon genannt. Es kommen die hinzu, die Lenin bereits in seiner frühen Schrift „Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik“ angeführt hatte, wenn er dort in der Polemik mit S i s m o n d i dessen kleinbürgerliche Utopie entlarvte, die „nicht die Zukunft antizipierte, sondern die Vergangenheit restaurierte“.²³ Übrigens ist es kein Zufall, daß Lenin gerade in diesem Zusammenhang die klassische Definition von Karl Marx über die klassenmäßigen Grundlagen des Schwankens der kleinbürgerlichen Elemente ausführlich zitierte.

Dem hier angedeuteten Sachverhalt wird man in der heutigen geistigen Auseinandersetzung größte Aufmerksamkeit schenken müssen. Kleinbürgerlicher „pluralistischer“ Utopismus in romantischer Retrospektive und futurologischer „Perspektive“ wirkt heute verwirrender als zu Sismondis Zeiten, da diese Art Utopismus weniger die Gegenpositionen gegen kapitalistische Barbarei bietet als die gegen den Macht gewordenen Sozialismus. Ernst Bloch, in seinen Versuchen einer spezifischen Art von Synthese von Christentum und Atheismus, schreibt, Engels habe, dem „Kältestrom der Aufklärung“ folgend, den Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft beschrieben (hierbei ist er übrigens bezeichnenderweise nicht in der Lage, den Titel der Schrift von Engels exakt wiederzugeben!), und er meint hinzufügen zu sollen: „... es gibt freilich ... einen etwas zu großen Fortschritt von der Utopie zur Wissenschaft ...“ Im gleichen Atemzug plädiert er „für das nicht mehr entfremdete Humanum, das Ahnbare, noch Ungefundene seiner möglichen Welt, beides steht unabdingbar im Experiment Zukunft, Experiment Welt“.²⁴

Ein weiterer Faktor, den Lenin anführt, ist der der „Illusionen“, die die Kräfte der bürgerlichen Demokratie oft genug

²³ W. I. Lenin, Werke, Band 2, S. 244

²⁴ Vgl. Ernst Bloch, Atheismus im Christentum. Zur Religion des Exodus und des Reichs, Frankfurt am Main 1968, S. 348 ff., besonders S. 354

haben, einer „Naivität“, die ihre Ursache im mangelnden Bewußtsein der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten hat. In seinem Vortrag über die Revolution von 1905 hat Lenin in der Konfrontation der im Kampf zu sich selbst erwachten Volksmassen mit einigen der Protagonisten des Aufstandes wie dem Popen G a p o n hierfür ein großartiges Bild gefunden:

„Ein neuer Geist kam durch diesen Kampf in die ganze Masse des russischen Volkes. Erst jetzt wurde der alte Adam des leibeigenen, bärenhäuterischen, patriarchalischen, frommen, gehorsamen Rußlands wirklich ausgezogen; erst jetzt bekam das russische Volk eine wirklich demokratische, wirklich revolutionäre Erziehung. Wenn die bürgerlichen Herrschaften und ihre kritiklosen Nachtreter, die sozialistischen Reformisten, von der ‚Erziehung‘ der Massen mit so viel Wichtigtuerei sprechen, dann meinen sie gewöhnlich etwas Schulmeisterliches, Pedantisches, die Massen Demoralisierendes, ihnen die bürgerlichen Vorurteile Einimpfendes.“²⁵

Den „alten Adam“ auszuziehen – diese Forderung war nun in besonderer Weise an die Kräfte der bürgerlichen Demokratie zu richten, wenn diese tatsächlich „ihren Platz einnehmen“ wollten – und „ihren Platz“ einzunehmen, das hieß, die bürgerliche Revolution konsequent und mit allen Kräften im Kampf, „in der Aktion“ zu verwirklichen. Daher hat Lenin die bürgerlichen Demokraten immer auch an jene Revolutionen erinnert, in denen diese ihren Demokratismus entfalteteten:

„Darum wird auch die Französische Revolution die Große genannt, weil sie nicht durch die Lachheit und Halbheit, nicht durch das Phrasengedresch der vielen Revolutionen von 1848 gekennzeichnet war, sondern weil das eine Revolution der Tat war, die, nachdem sie die Monarchisten gestürzt hatte, ihnen völlig den Garaus machte.“²⁶

Es kann bei der Akzentuierung dieser Thematik nur abgekürzt und mehr am Rande erwähnt werden, daß Lenin im Blick auf diese und andere Gefahrenquellen in den Polarisierungsprozessen der bürgerlichen Demokratie natürlich nicht in erster Linie das „Heil“ der positiven Kräfte in der bürgerlichen Demokratie im Auge hatte; ob diese ihren alten Adam wirklich auszogen oder nicht, war ja in erster Linie deren Angelegenheit. Um so interessanter und bedeutungsvoller ist es offensichtlich, daß Lenin, wie wir gesehen hatten, unter den Aspekten der Bündnispolitik und der Gesamtstrategie der Arbeiterbewegung beiden Seiten der Sache große Aufmerksamkeit

²⁵ W. I. Lenin, Werke, Band 23, S. 248 f.

²⁶ W. I. Lenin, Werke, Band 29, S. 342 f.

widmete: der Stärkung des „Anziehungspols“ und der Sorge darüber, daß nicht durch kleinbürgerliche Ideologien und Stimmungen die revolutionäre Politik der Partei der Arbeiterklasse gestört oder verwässert wird. In einem Brief an die englische Funktionärin der Arbeiterbewegung Sylvia Pankhurst hat Lenin diesen konsequent antirevisionistischen Standpunkt so formuliert:

„Und wenn eine Arbeiterpartei wirklich revolutionär ist, wenn sie wirklich eine Arbeiterpartei ist (d. h. mit den Massen, mit der Mehrheit der Werktätigen, mit den unteren Schichten des Proletariats und nicht nur mit seiner Oberschicht verbunden ist), wenn sie wirklich eine Partei ist, d. h. eine fest und beständig zusammengeschlossene Organisation der revolutionären Vorhut, die es versteht, mit allen möglichen Methoden revolutionäre Arbeit unter den Massen zu leisten, dann wird eine solche Partei gewiß verstehen, ihre Parlamentarier in der Hand zu halten, sie zu wirklichen revolutionären Propagandisten zu machen, zu solchen wie Karl Liebknecht, und nicht zu Opportunisten, nicht zu Leuten, die das Proletariat mit bürgerlichen Methoden, bürgerlichen Gewohnheiten, bürgerlichen Ideen und bürgerlicher Prinzipienlosigkeit demoralisieren.“²⁷

Es ist daher mit Nachdruck zu unterstreichen, was in den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU „Zum 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins“ im III. Abschnitt formuliert ist, und zwar in These 12:

„Im politischen Bereich verknüpft die Bourgeoisie grobe Formen der Niederhaltung der Massen raffiniert mit neuen Mitteln und Methoden, die die Werktätigen ihrem Einfluß unterwerfen sollen. Sie spekuliert mit den Schlagwörtern ‚Sozialpartnerschaft‘ und ‚offene Gesellschaft‘, um sich die Arbeiterorganisationen zu unterwerfen und sie in dem pseudodemokratischen Mehrparteiensystem aufgehen zu lassen, das die Diktatur der imperialistischen Spitzenschichten tarnen soll. Zugleich greifen die Monopole, da sie ihre Hoffnungen scheitern sehen, die Arbeiterbewegung dem bürgerlichen politischen Mechanismus zu unterwerfen, immer häufiger zu gewaltsamen Methoden der Niederhaltung der Massen; die Repressivorgane der imperialistischen Staaten werden immer mehr ausgebaut, es werden neue arbeitfeindliche Gesetze erlassen.“²⁸

Und in These 14:

„Dem modernen Kapitalismus ist ein zunehmender Antagonismus zwischen der Monopolbourgeoisie und den städ-

²⁷ Ebenda, S. 557

²⁸ Neues Deutschland vom 27. Dezember 1969

tischen Mittelschichten eigen, die die revolutionäre Arbeiterklasse immer aktiver unterstützen. Unter den Bundesgenossen des Proletariats beginnt die fortschrittliche Intelligenz eine immer größere Rolle zu spielen...“²⁹

Damit kommen wir zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen über den Polarisierungsprozeß zurück: In ihm kommt es entscheidend darauf an, daß die Kräfte der bürgerlichen Demokratie zu dem Platz finden, den sie in der Aktion einnehmen müssen — in der Aktion, die auf den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution zielt. Dabei müssen diese bürgerlich-demokratischen Kräfte, die ihren „alten Adam“ ausgezogen, die sich also gewandelt haben und die bereit sind, an die großen Traditionen des militanten Demokratismus, etwa in der Französischen Revolution, anzuknüpfen, wissen und sich dessen bewußt sein, daß die Orientierung auf die bürgerlich-demokratische Revolution angesichts der einleitend geschilderten Grundsituation und im Zusammenhang mit der Entwicklung des Imperialismus die Orientierung auf den Übergang zur proletarischen Revolution und damit die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse einschließt.

Von einer solchen Einschätzung der geschichtlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Aufgabenstellung ist unsere Partei ausgegangen, als sie nach dem Sieg der antifaschistisch-demokratischen Revolution den „Übergang“ zur sozialistischen Revolution vollzog, d. h. sich 1952 zur Unterstützung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus und zur Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse entschloß. Diese Entscheidung war für die gesamte Partei wie für jeden einzelnen christlichen Demokraten von entscheidender Bedeutung. Damit standen wir auf der Höhe der Aufgaben, die politisch, sozial, ökonomisch und kulturell zu bewältigen waren, und wir wurden den geschichtlichen Gesetzmäßigkeiten gerecht.

Im Blick auf diese Sachverhalte wird man abschließend Arbeiten Lenins befragen müssen, die nach dem Sieg der Oktoberrevolution entstanden sind.

Der für Lenin entscheidende Gesichtspunkt ist besonders klar im Entwurf für eine Antwort der KPR auf das Schreiben der USPD (März 1920) formuliert worden. Dort ist unter Punkt 6 zu lesen:

„Die Diktatur des Proletariats hat zur Voraussetzung und bedeutet eine klare Erkenntnis der Wahrheit, daß das Proletariat Kraft seiner objektiven, ökonomischen Lage in

²⁹ Ebenda

jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der gesamten Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten, aller Halbproletarier (d. h. derer, die teilweise vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben), aller Kleinbauern usw. richtig zum Ausdruck bringt. Diese Bevölkerungsschichten folgen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (darunter auch den „sozialistischen“ Parteien der II. Internationale) nicht aus freiem Willen (wie die kleinbürgerlichen Demokraten glauben), sondern weil sie von der Bourgeoisie direkt betrogen, weil sie vom Kapital unterdrückt werden, weil die kleinbürgerlichen Führer sich selbst betrügen. Diese Schichten der Bevölkerung (Halbproletarier und Kleinbauern) wird und kann das Proletariat erst nach seinem Sieg, erst nach der Eroberung der Staatsmacht gewinnen, das heißt erst nachdem es die Bourgeoisie gestürzt, dadurch alle Werktätigen vom Joch des Kapitals befreit und ihnen durch Taten gezeigt haben wird, was ihnen die proletarische Staatsmacht Gutes bringt (nämlich die Befreiung von den Ausbeutern). Diesen Gedanken, der den Kern und das Wesen der Idee der Diktatur des Proletariats bildet, begreifen die deutschen Unabhängigen und die französischen Longuetisten nicht, sie tragen ihn nicht in die Massen, propagieren ihn nicht tagaus, tagein.“³⁰

Im Grunde stellen diese Formulierungen die Zusammenfassung dessen dar, was Lenin vorher bei verschiedenen Gelegenheiten formuliert hatte, so in seinem Aufsatz „Wertvolle Einverständnisse Pitirim Sorokins“ („Prawda“ vom 21. November 1918) und in den Reden vor der Versammlung der Moskauer Parteiarbeiter am 27. November 1918. In dem „Prawda“-Artikel kommt m. E. am deutlichsten zum Ausdruck, was ich den „Polarisierungsprozeß“ nenne:

„Jene Periode unserer proletarischen Revolution, in der sie besonders schroff mit der menschowistischen und sozialrevolutionären Demokratie auseinanderging, war historisch notwendig; als diese Demokraten ins Lager unserer Feinde hinüberschwenkten und an die Wiederaufrichtung der bürgerlichen und imperialistischen demokratischen Republik gingen, mußten sie aufs schärfste bekämpft werden. Nunmehr sind die Losungen dieses Kampfes vielfach erstarrt und verknöchert und behindern eine richtige Einschätzung und zweckentsprechende Ausnutzung der neuen Situation, wo in dieser Demokratie eine neue Wendung eingesetzt hat, eine Wendung nach unserer Seite hin, eine Wendung, die nicht zufällig ist, sondern zutiefst in den Bedingungen der gesamten internationalen Lage wurzelt. Es genügt nicht, diese Wendung zu unterstützen und den sich uns Zuwendenden freundschaftlich

zu begegnen. Ein Politiker, der sich seiner Aufgaben bewußt ist, muß es lernen, diese Wendung in den einzelnen Schichten und Gruppen der breiten kleinbürgerlichen demokratischen Masse hervorzurufen, wenn er sich davon überzeugt hat, daß für eine derartige Wendung ernste und tiefere geschichtliche Ursachen vorhanden sind.“³¹

Hier tritt vor allem auch die aktive Seite der Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse in Erscheinung. In den Reden vor der Moskauer Parteiversammlung kommt Lenin demgegenüber mehr auf „Übergangs“-Erscheinungen besonderer Art zu sprechen:

„Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der schonungslosen Expropriation der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Hier sind wir unbarmherzig, und hier können wir auf keinen Fall den Weg der Versöhnung oder des Kompromisses betreten. Wir wissen aber, daß sich die Kleinproduktion durch keinerlei Dekrete in eine Großproduktion verwandeln läßt, daß man hier allmählich, durch den Gang der Ereignisse, von der Unausbleiblichkeit des Sozialismus überzeugen muß. Sie (die kleinbürgerlichen Kräfte, G. W.) werden Sozialisten, wenn sie einsehen, daß es keinen Ausweg gibt. Jetzt sehen sie: Europa ist so auseinandergefallen, der Imperialismus ist in eine solche Situation geraten, daß keine bürgerliche Demokratie Rettung bringen wird, daß nur die Sowjetmacht retten kann. Das ist es eben, weshalb uns jetzt diese Neutralität, diese gutnachbarlichen Beziehungen der kleinbürgerlichen Demokratie zu uns nicht nur in keiner Weise gefährlich, sondern sogar erwünscht sind. Deshalb eben sagen wir, wenn wir die Sache vom Standpunkt der Vertreter der Klasse betrachten, die die Diktatur ausübt: Wir haben von der kleinbürgerlichen Demokratie niemals mehr erwartet. Uns genügt auch das...“³²

Hier verweist Lenin auf den Polarisierungsprozeß unter den bürgerlichen Kräften in Rußland nach dem Sieg der Oktoberrevolution — eine Fragestellung, die auch in dem Referat Gerald Göttings auf der Wissenschaftlichen Konferenz des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU über die Bedeutung Lenins für den Kampf der christlichen Demokraten eine besondere Rolle gespielt hat. In diesem Referat hat Götting zunächst zitiert, was Lenin über die Bündnispolitik im Kontext der parteipolitischen Zusammenhänge gesagt hat:

„Im Augenblick des Oktobersturzes schlossen wir einen zwar nicht formellen, aber sehr wichtigen (und sehr erfolgreichen) politischen Block mit der kleinbürgerlichen

30 W. I. Lenin, Werke, Band 30, S. 330 f.

31 W. I. Lenin, Werke, Band 28, S. 185 f.

32 Ebenda, S. 209

Bauernschaft, indem wir das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre voll und ganz, ohne jede Änderung übernahmen, d. h., wir gingen unzweifelhaft einen Kompromiß ein... Gleichzeitig schlugen wir den ‚linken Sozialrevolutionären‘ einen (bald darauf verwirklichten) formellen politischen Block einschließlich der Teilnahme an der Regierung vor. Nach Abschluß des Brester Friedens sprengten die linken Sozialrevolutionäre diesen Block und gingen später, im Juli 1918, zum bewaffneten Aufstand gegen uns und in der Folgezeit zum bewaffneten Kampf gegen uns über.“³³

Weiter stellte Gerald Götting, an Aussagen Lenins anknüpfend, fest:

„Auch in Referaten und Beschlusentwürfen, die unmittelbar in den Tagen der Oktoberrevolution entstanden, sprach Lenin aus, daß er die Möglichkeit eines Mehrparteiensystems in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau der neuen Gesellschaft nicht von vornherein ausschloß. Mehrfach betonte er in dieser Zeit:

„Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind. Wir haben ihnen angeboten, die Macht zu teilen, aber sie wollten abwarten, bis der Kampf mit Kerenski beendet sein wird.

Wir haben alle eingeladen, sich an der Regierung zu beteiligen...

Hier wissen alle, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind, weil sie in der Minderheit geblieben waren. Die Petrograder Garnison... weiß, daß wir eine Koalitions-Sowjetregierung wollten. Wir haben niemanden aus dem Sowjet ausgeschlossen. Wenn sie keine gemeinsame Arbeit wollten, um so schlimmer für sie.“³⁴

Zusammenfassend konnte Götting dann betonen:

„Es war also ursprünglich die erklärte Absicht Lenins und der Bolschewiki, die Revolution in Zusammenwirken mit anderen politischen Parteien zu vollziehen. Daß die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre nicht bereit waren, Regierungsverantwortung mit zu übernehmen, und schließlich zu offenen Sabotageaktionen übergingen, machte diese Absichten der Bolschewiki zunichte. Durch ihre konterrevolutionären Aktionen schlossen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre sich selbst aus dem von Lenin angestrebten ‚politischen Block‘ aus.“³⁵

Es gibt noch viele Belege dafür, daß Lenin eine klare bündnispolitische Linie verfolgt hat. In der Moskauer „Neuen Zeit“ 49/1969 war beispielsweise zu lesen:

³³ Erkenntnisilfe und Wegweisung, Berlin 1970, S. 23. Das Lenin-Zitat: W. I. Lenin, Werke, Band 31, S. 58

³⁴ Ebenda, S. 24. Das Lenin-Zitat: W. I. Lenin, Werke, Band 26, S. 260 f.

³⁵ Ebenda, S. 25

„Lenin ging auf persönliche Bitten von Wissenschaftlern ein und schenkte revolutionären Wissenschaftlern viel Aufmerksamkeit. So half er dem bekannten Narodowolzen Morosow, sein Buch ‚Christus und seine Zeit‘ herauszubringen, und bat Lunatscharski, sich mit Morosow zu treffen und dessen Buch zu rezensieren. Am 9. Mai 1919 kam Lenin mit dem bekannten anarchistischen Ideologen Kropotkin zusammen und hatte eine lange Aussprache mit ihm.“

Ferner werden dort Lenins Gespräche mit dem Tolstojaner Wladimir Tschertkow erwähnt.

Doch zurück zu der prinzipiellen Überlegung: Der echte Demokratismus der „in der Aktion“ fortschrittlichen bürgerlichen (und bäuerlichen) Kräfte (auf den Komplex der „bäuerlichen Demokratie“, dem Lenin eingehende Untersuchungen widmet, wäre gesondert einzugehen) führt letztlich zur Orientierung auf die sozialistische Revolution, auf die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, und zwar in dem Sinne, wie Lenin dies in der Antwort an P. Kijewski im Herbst 1916 formuliert hat:

„... der Sozialismus ist nicht anders zu verwirklichen als über die Diktatur des Proletariats, welche die Gewalt gegen die Bourgeoisie, d. h. gegen die Minderheit der Bevölkerung, mit der vollen Entfaltung der Demokratie vereinigt, d. h. mit der wirklich gleichberechtigten und wirklich allgemeinen Beteiligung der gesamten Masse der Bevölkerung an allen Staatsangelegenheiten und allen komplizierten Fragen der Liquidierung des Kapitalismus.“³⁶

Auf unsere Thematik bezogen, ist festzustellen, daß Lenin diesen Gedanken weitergeführt hat, wenn er in seinem Referat vor dem I. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 5. März 1919 unter Punkt 15 erklärte:

„Die Gleichheit der Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Rasse, Nationalität, die die bürgerliche Demokratie immer und überall versprochen, aber nirgends durchgeführt hat und wegen der Herrschaft des Kapitalismus auch nicht durchführen konnte, wird von der Sowjetmacht, oder der Diktatur des Proletariats, sofort und vollständig verwirklicht, denn dazu ist nur die Macht der Arbeiter imstande, die nicht am Privateigentum an den Produktionsmitteln und am Kampf um ihre Verteilung und Neuverteilung interessiert sind.“³⁷

Was hier von Lenin unter den Aspekten des weltweiten Kampfes für den Fortschritt programmatisch entwickelt wor-

³⁶ W. I. Lenin, Werke, Band 23, S. 15

³⁷ W. I. Lenin, Werke, Band 28, S. 480

den ist, haben wir in den zwei siegreich gestalteten Revolutionen in der Deutschen Demokratischen Republik praktisch verwirklicht. Es hat sich dabei „in der Aktion“ herausgestellt, daß unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse bürgerliche Demokraten in der Lage sind, den „alten Adam“ auszuziehen, einen tiefgehenden Wandlungsprozeß durchzumachen und unter Führung der Partei der Arbeiterklasse das Wirklichen zu helfen, was die bürgerliche Demokratie unter den Bedingungen der Herrschaft des Kapitalismus zu realisieren nicht in der Lage war.

Auf diese Weise haben wir christlichen Demokraten unseren Platz im sozialistischen Nationalstaat DDR eingenommen – er ist auch unser Haus, unsere Heimat. Er ist das Vaterland des Volkes.

Wenn in meinen Ausführungen, der Thematik entsprechend, mehr die formal positiven Gesichtspunkte hinsichtlich der Problematik der bürgerlich-demokratischen Kräfte herausgearbeitet worden sind, so darf natürlich abschließend nicht versäumt werden, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Lenins unerbittlicher Kampf der kleinbürgerlichen Ideologie galt, gerade auch im Blick auf deren mögliches Eindringen in die Arbeiterbewegung.

Am 24. Februar 1970 hat „Neues Deutschland“ einen interessanten Aufsatz des sowjetischen Philosophen L. Skworzow aus der „Prawda“ vom 21. Februar nachgedruckt. Dort hieß es:

„Der Übergang nichtproletarischer Schichten der Werktätigen auf die Positionen der Arbeiterklasse und des Sozialismus ist durch die Logik des Klassenkampfes selbst, durch den Gang der geschichtlichen Ereignisse bestimmt, die laufend kleinbürgerliche Illusionen zerschlagen und die die Richtigkeit der sozialistischen Politik, die Wahrsamkeit der Schlußfolgerungen des Marxismus-Leninismus bestätigen. Die kleinbürgerlichen Illusionen reproduzieren sich jedoch in einer neuen geschichtlichen Situation im Zusammenhang mit neuen Gegebenheiten bei den verschiedensten Anlässen. ‚Die Zählebigkeit dieser Vorurteile des kleinbürgerlichen Demokraten‘, schrieb Lenin, ‚wird unausweichlich dadurch bedingt, daß er weiter vom scharfen Klassenkampf entfernt steht...‘ (Band 37, Seite 192, russ.)“

Skworzow hat hinzugefügt:

„Die Entwicklung des Kapitalismus führt in seinem imperialistischen Stadium unausweichlich sowohl zur Ver-

wischung ‚alter‘ Schichten von Kleinproduzenten (der Bauernschaft, der Handwerker) als auch zur Entstehung und Erweiterung neuer Schichten. Die Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution, das Anwachsen des Verwaltungspersonals der kapitalistischen Firmen und Banken, die Erweiterung der Schicht des ingenieurtechnischen Personals und der Intelligenz – das alles führte zur Herausbildung ziemlich zahlreicher sozialer Gruppen, die unter den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus ein weit geringeres spezifisches Gewicht hatten. Die Besonderheit der Lage dieser Gruppen besteht darin, daß ihre Vertreter eine Zwischensituation einnehmen, daß sie zeitweise zwischen der Arbeiterklasse und der Großbourgeoisie hin und her schwanken. Ihre ‚Oberschicht‘ genießt bestimmte Privilegien, die sie aus dem Milieu der einfachen Arbeitsleute hervorheben. Andererseits geben die Unsicherheit der sozialen und materiellen Lage dieser Schichten, die ständige Abhängigkeit, der Druck der bourgeoisen Macht und der allmächtigen bürokratischen Maschine der Monopole für die Mehrheit von ihnen den Anstoß, gegen den Imperialismus aufzutreten, führen diese Faktoren zu einer Annäherung an die Arbeiterklasse und an die übrigen antiimperialistischen Kräfte.“

Und schließlich hat er diese Gesichtspunkte im Blick auf die konkrete Lage in den sozialistischen Staaten so zusammengefaßt:

„In den sozialistischen Ländern bestehen in der ersten Zeit ebenfalls kleinbürgerliche Schichten weiter, die sich nicht sogleich nach der sozialistischen Revolution organisch die Prinzipien des Marxismus-Leninismus anzueignen und die Positionen der Arbeiterklasse einzunehmen vermögen. Der Prozeß ihrer Umerziehung und Umorientierung nimmt eine lange Periode in Anspruch. Diese Schichten werden allmählich in den Aufbau der neuen Gesellschaft einbezogen, bewahren jedoch ziemlich lange ihre Gewohnheiten und Ansichten, die bisweilen, scheinbar ‚unerwartet‘, zutage treten, besonders unter Bedingungen bestimmter Umbruchsperioden, bei der Entstehung von Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau, bei einer Verschärfung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus.“

Diese von Skworzow aufgeworfenen Fragen werden wir sehr ernst nehmen müssen, ja, wir sollten sie als Gewissensfragen an uns ansehen und sie, im immer neuen Durchdenken der politischen und geistigen Probleme und vor allem „in der Aktion“, so beantworten, daß der Gesamtentwicklung der fortschrittlichen Kräfte und ihrem Sieg gedient wird. Hierbei wird besonders darauf zu achten sein, mit welchen Elementen der psychologischen Kriegführung und der ideologischen Diversion

die imperialistischen Kräfte in den jeweiligen Phasen der Entwicklung arbeiten: ob sie die traditionellen antikommunistischen Ressentiments schüren, flexible Theorien à la „Konvergenz“ zur Geltung bringen oder im Ensemble aller dieser konterrevolutionären Konzeptionen wirken. Hieran anknüpfend ergibt sich die folgende Frage:

Was ist etwa heute die Versuchung für manche Christen in der DDR, die nicht mehr in den alten, traditionellen Klassenfronten stehen und die von sich selbst sagen, sie seien auf dem Wege einer gesellschaftlichen Neuorientierung? Ich würde hierauf lapidar antworten und sagen: Heute besteht diese Versuchung vor allem in jener Erscheinungsform der kleinbürgerlichen Ideologie, die im Gewande des Sozialdemokratismus auftritt.

Viele aus der Bekennenden Kirche hervorgegangene Pfarrer und Theologen, die heute in der BRD wirken, haben gemeint, in gewiß klarer Absage an die CDU/CSU politisch in der Sozialdemokratie das Erbe der Bekennenden Kirche verwirklichen zu können, und umgekehrt haben rechte sozialdemokratische Führer ihr Herz für die evangelische Kirche entdeckt: Herbert Wehner tritt als Laienprediger auf, Kriegsminister Schmidt ist Synodaler in Hamburg, und der nordrhein-westfälische Minister Posser hat Heinemanns „EKD“-Mandat übernommen.

Ich sagte, diese Pfarrer und Theologen meinten, damit das Erbe der Bekennenden Kirche, wie es etwa 1947 im „Darmstädter Wort“ formuliert worden ist, heute politisch realisieren zu können. In Wahrheit tun sie es nicht. Denn gemessen gerade auch am Darmstädter Wort gibt es keine Strukturveränderung in der BRD, keinen Machtwechsel. Der alte bürokratische Apparat, die militärischen Machtpositionen und die Monopole sind nicht angetastet, sie werden nur von einigen neuen Personen mit gewissen neuen Vokabeln in Gang gehalten, flexibler gestaltet oder modernisiert.

Um hier nur ein ebenso charakteristisches wie drastisches Beispiel anzuführen: Selbst eine konservative Zeitschrift wie die „Lutherischen Monatshefte“ mußten in ihrem Heft 2/1970 unter der Rubrik „Perspektiven“ einen Aufsatz veröffentlichen, der den Tenor hatte: „Unter Brandt wenig Aussicht auf mehr Mitbestimmung“.

Wenn Christen in der DDR hieraus die Konsequenz zögen, ihre Neuorientierung solle sich an solchen Vorgängen und an

den daraus abgeleiteten Konzeptionen orientieren, dann wären sie hoffnungslos der kleinbürgerlichen Ideologie verfallen, und sie hätten alte (dibelianische und Adenauer-) Wege nicht zugunsten des neuen, sondern nur eines modifizierten alten verlassen.

Gerade unter Berücksichtigung dieser Momente ist unser Lenin-Studium (nicht allein im Blick auf den 100. Geburtstag!) so wichtig. Es ist so wichtig, weil wir mit seiner Hilfe das entscheidende ideologische Kettenglied zu erfassen vermögen, nämlich die Aufdeckung und Realisierung der Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, und weil wir auf diese Weise im politischen Engagement das verwirklichen können, um das es uns gehen muß, nämlich als aus dem Bürgertum sich herausentwickelnde Kräfte echte Bündnispartner der revolutionären Arbeiterbewegung zu werden und als solche unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse für die weitere Ausgestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus praktisch zu wirken.

So kann ich diese Ausführungen nicht besser abschließen als damit, aus der bekannten Rede Hermann Materns von Ende September 1969 dies zu zitieren:

„Viele Christen haben im gemeinsamen Kampf die Erfahrung gemacht, daß die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie, also die Gesellschaftsprognose im Leben bestätigt wurde. Deshalb haben sich Christen bestimmte gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse des Marxismus, wie zum Beispiel die Leninsche Imperialismusanalyse, die marxistische Analyse des Charakters des deutschen Imperialismus und Faschismus oder die marxistische Einschätzung des staatsmonopolistischen kapitalistischen Systems in Westdeutschland, zu eigen gemacht. Das bedingt keine Abkehr der Christen von ihrem Glauben oder ihren weltanschaulichen Überzeugungen. Wir haben die Preisgabe dieser Überzeugung weder zur Bedingung noch zum Ziel unserer Bündnispolitik gemacht... Die stabile Gemeinschaft aller in der Nationalen Front vereinigten Kräfte, die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Marxisten und Christen wird auch weiterhin den Angriffen unserer imperialistischen Gegner ausgesetzt sein. In der gemeinsamen entschlossenen Abwehr aller antisozialistischen Theorien wird sich, davon bin ich überzeugt, unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit weiter festigen.“³⁸

³⁸ Hermann Matern, Unser gemeinsamer Weg zur sozialistischen Menschengemeinschaft, Berlin 1969, S. 38, 52

- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hilrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation (Schlußwort auf dem 11. Parteitag der CDU)
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 136 Horst C. Herrmann: 20 Jahre danach – Deutschland und der Geist von Potsdam
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen geselliger Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclowski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten

- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag - Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 165 Gerald Götting: Reformation - Revolution
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917-1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917-1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 169 Ingrid Meyer: Der manipulierte Bundesbürger. Ein Kapitel aus Theorie und Praxis der CDU/CSU
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens - Rede auf der Konferenz von Vertretern aller Religionsgemeinschaften in der UdSSR vom 1. bis 4. Juli 1969 in Sagorsk
- 173 Günter Wirth: Das christliche Menschenbild bei Böhl und Bobrowski

Verkaufspreis 0,50 M - Doppelheft 1,- M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin